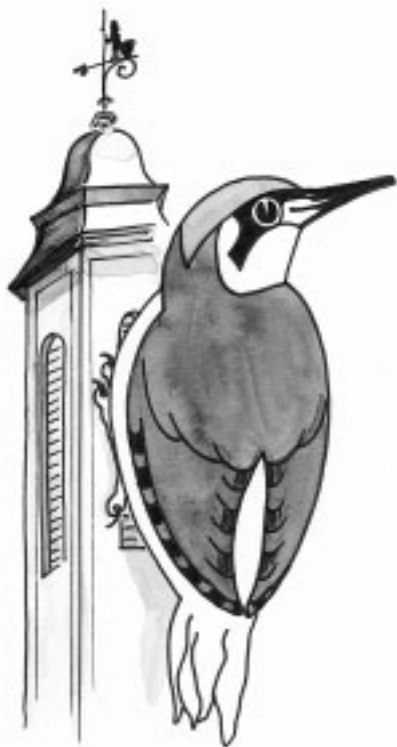


# DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 78 / Herbst 2004



## Ein Jahr Regierungsbeteiligung: die GRÜNEN ziehen Bilanz

### AUS DEM INHALT:

#### Budgetnöte der Stadt Ried S.2

Stadtrat David Demiryürek zur finanziellen Lage der Stadt Ried

#### Flächenwidmungsplan - ein Verwirrspiel

GR Max Gramberger zu Verwirrungen um den neuen Flächenwidmungsplan

#### Information zum Kinderfest S.4



Partner in der oberösterreichischen Landesregierung:  
Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Umweltlandesrat Rudi Anschöber

Kurz vor dem Jahrestag der grünen Regierungsbeteiligung ziehen Oberösterreichs GRÜNE eine erste Bilanz über das abgelaufene Polit-Jahr. Umweltlandesrat Rudi Anschöber zeigt sich zufrieden: „Wir haben ein Rekordergebnis bei den Landtagswahlen erreicht, erfolgreich Regierungsverhandlungen geführt und in den ersten neun Monaten unserer Arbeit eine deutliche GRÜNE Handschrift verwirklicht.“

Zu den wichtigsten Erfolgen zählen die Grünen dabei:

- Die größte Ausbauoffensive für Ökoenergie in der Geschichte Oberösterreichs. Der Ökostromanteil konnte bereits auf deutlich über 9% erhöht werden. Oberösterreich ist bei Ökoenergie somit klar die Nummer 1 in Österreich.
- Erarbeitung und Umsetzung des großen naturnahen Vorsorgeprogramms gegen Hochwasserkatastrophen samt Sonderfinanzierungsprogramm
- die Verstärkung der Anti-Atompolitik
- Oberösterreich ist nun europaweite Speerspitze gegen Gentechnik in der Landwirtschaft - Klage gegen die EU-Kommission, Allianz der EU-Regionen, Beharren auf das Verbotsgesetz
- Klage gegen das menschenunwürdige Asylgesetz des Bundes - große Chancen auf Teilaufhebung im Oktober
- Umsetzung des ersten österreichischen Anti-Diskriminierungsgesetzes
- erstes Gender-Budgeting in Österreich
- Entscheidung über die Innkreisautobahn im Interesse der AnrainerInnen und somit keine dritte Fahrspur für noch mehr Transitverkehr



## Stadtrat David Demiryürek:

### Das Budget der Stadt Ried - ein Paradoxon der Finanzpolitik?

#### „Budget gleicht der Titanic“

In der Sitzung des Gemeinderates vom 26.02.2004 wurde der „Budgetvoranschlag 2004“ mit einer deutlichen Mehrheit von den anwesenden MandatarInnen beschlossen. Neben wenigen Stimmenthaltungen habe ich als einziger Mandatar gegen den vorgelegten Budgetentwurf gestimmt und ihn als absurd und völlig unrealistisch bezeichnet. Darüber hinaus wollte man die Warnungen nicht hören, dass dieses Budget keinesfalls halten kann bzw. wird. Mein Kollege und Finanzsprecher der GRÜNEN, Dr. Benno Wageneder, hat sich der Stimme enthalten und das Budget der Stadt Ried gar mit der „Titanic“ verglichen.

#### Die großen Brocken bleiben unangetastet

Nun, nur wenige Monate nach dem das Budget 2004 beschlossen wurde, stellen sich genau jene Tatsachen ein, die Dr. Wageneder und ich befürchtet haben. Die Einnahmen sind dynamisch rückläufig und die Ausgaben explodieren. Dabei gab es schon früh genug die Möglichkeit entgegenzusteuern. Vor der Abstimmung im Gemeinderat haben sich die vier Parteien über mehrere Wochen hinweg, regelmäßig zu gemeinsamen Budgetgesprächen getroffen und versucht einen Weg aus der Finanzmisere zu finden. Viele konstruktive Vorschläge wurden unterbreitet, doch letztlich fehlte das letzte Quäntchen an Bereitschaft seitens des Bürgermeisters. Das hat mich damals dazu veranlasst, die Verhandlungen abzubrechen und gegen das Budget zu stimmen.

Seither wurden nur einige kleine Vorschläge ernsthaft angegangen. Die großen Brocken bleiben aber immer noch unangetastet, dies führt dazu, dass sich die Finanzlage beinahe wöchentlich verschlechtert.

**Das Budget fliegt uns um die Ohren**  
Bürgermeister Albert Ortig hat das Budget 2004 in der damaligen GR-Sitzung als ausgeglichen dargestellt und sich

selbst als finanzpolitisches Ausnahmetalent präsentiert. Man staune was Zahlenspielereien so alles möglich machen! Zwischenzeitlich wurde der Haushalt ausgabenseitig aber weiter extensiv belastet und die Bedeckung diverser Ausgaben im ordentlichen Haushalt (OH) ist teilweise gar nicht mehr möglich. Das Budget fliegt uns nun in Orkanstärke um die Ohren. Es ist aber zu befürchten, dass sich der Orkan zu einem ausgewachsenen Hurrikan entwickeln und der Stadt noch ganz massive Finanzprobleme bereiten wird.

#### Gesamtfehlbetrag von $\square$ 8,7 Mio.

Zum ersten Mal kann die Stadt im Jahr 2004 keine Zuführungen mehr vom ordentlichen Haushalt (OH) in den außerordentlichen Haushalt (AOH) machen. Das bedeutet, dass die Stadt ihren Finanzierungsverpflichtungen im AOH nicht mehr nachkommen kann. Damit können erstmals die Projekte im AOH nicht mehr finanziert - oder gar ausfinanziert - werden. Im AOH werden Projekte über einen längerfristigen Zeithorizont abgewickelt und durch Darlehensaufnahmen finanziert. Diese Darlehen müssen dann über Mittelzuführungen aus dem ordentlichen Haushalt und diversen Geldern des Landes OÖ zurückbezahlt werden. Bis 2007 (mittelfristige Finanzplanung) ergibt sich im AOH aber einen Fehlbetrag von etwa  $\square$  7,3 Mio. Im ordentlichen Haushalt wird nun für die Jahre bis 2007 ebenfalls ein Fehlbetrag von ca.  $\square$  1,4 Mio. erwartet. Diese Zahlen beruhen auf dem Stand von Februar 2004 und weisen summiert einen Gesamtfehlbetrag von  $\square$  8,7 Mio. bis 2007 aus. Zwischenzeitlich haben sich die Zahlen, wie von meinem Kollegen Dr. Wageneder und mir prognostiziert, noch einmal drastisch verschlechtert. Die Stadt ist finanziell eigentlich nicht mehr in der Lage, Projekte wie z.B. Schulsanierungen etc. zu finanzieren.

#### Die Fehlbeträge werden sich wohl noch deutlich erhöhen

Nun wurden bereits sogar die Verstärkungsmittel und Betriebsmittelrücklagen der Stadt geplündert, die Abgabentragsanteile brechen drastisch weg, die Ausgaben steigen weiter und dringend notwendige Strukturmaßnahmen sind nicht in Sicht. Geht das in dieser Dynamik weiter, dann wird der Fehlbetrag im

Jahr 2007 die Grenze von  $\square$  8,7 Mio. bei weitem überschreiten - das getraue ich mich schon jetzt vorherzusagen. Alles in allem wird die Stadt aber schon im Nachtragsvoranschlag 2004 einen erheblichen Fehlbetrag aufweisen. Damit wäre dann bestätigt, dass das Budget

### Der Einschaubericht des Landes OÖ ist da!

von GR Dr. Benno Wageneder



Tagelang nahmen die Prüfer des Landes die Buchhaltung der Stadtgemeinde Ried auseinander und unter die Lupe.

Das Ergebnis verbirgt sich hinter der spröden Aktenzahl Gm. 512.238/3-2004 und liegt in gebundener Form im Rathaus unter Verschluss. Anfang August wurde Prüfungsausschussobmann Dr. Benno Wageneder (GRÜNE) vom Eintreffen informiert.

#### Alles schon bekannt oder doch desaströs?

Leider ist der auch für die Öffentlichkeit brisante Bericht bis zur nächsten Gemeinderatssitzung vertraulich zu behandeln. Das gilt auch für den Grünspecht. Sinn dieser Bestimmung kann wohl nur sein, dass keine Fraktion aus den Feststellungen sofort politisches Kapital schlägt. Wertende Einschätzungen gibt es allerdings bereits von der einen oder anderen Seite. Sie reichen von „alles schon bekannt und nichts Neues“ bis zum Urteil „desaströs“.

Jedenfalls wird es genug Stoff für die MandatarInnen geben, da und dort Reformeifer zu beweisen. Für das laufende Jahr ist der Zug fast schon wieder abgefahren... Einrichtung für Einrichtung haben die landeseigenen Kontrolloren untersucht und Abgang oder Überschuss ausgeworfen. Nicht immer werden sie mit ihren Schlussfolgerungen unsere Zustimmung finden.

#### Es gilt Fingerspitzengefühl zu bewahren

Drohen mögliche Gebührenerhöhungen, heißt es Fingerspitzengefühl zu beweisen. Interessant wird die Kritik an den nicht eingehobenen Aufschlie-

ßungsbeiträgen. Dafür zeichnet Bürgermeister Albert Ortig voll verantwortlich, weil es in seine Kompetenz fiel und fällt. Bis zum kommenden November muss die Stadt dem Land eine fundierte Stellungnahme abliefern und von den umgesetzten Empfehlungen berichten. Wir berichten in der nächsten Ausgabe des Grünspechts von den „Highlights“ des Prüfberichts. Seien Sie unbesorgt, die lokalen Medien werden ganz sicher schon nach der nächsten Gemeinderatssitzung im Oktober ausführlich berichten!

## Flächenwidmungsplan: Verwirrung statt Aufklärung

von GR Max Gramberger



Diesen August wurde einem größeren Teil der Rieder Bevölkerung ein RSb-Schreiben der Stadtgemeinde zugestellt, das für etliche Verwirrung sorgte. Der Bürgermeister teilte darin mit, „...dass sich im Zuge der Erstellung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4 Änderungen an der Flächenwidmung bzw. Bebaubarkeit ihres bzw. ihrer Grundstücke“ ergeben haben. Verständlicherweise sorgte diese Aussage bei den Betroffenen für Unruhe, denn die tatsächlich erfolgte Änderung wurde mit keinem Wort erklärt. Wenig beruhigend war auch der Hinweis, es könnten „schriftliche

Anregungen oder Einwendungen“ beim Stadamt Ried eingebracht werden. In der Folge pilgerten also viele der Betroffenen ins Stadamt, um sich den Grund dieses Schreibens erklären zu lassen und auch die Nachbarschaft zu informieren.

### Worum war es gegangen?

Durch die Weiterentwicklung der Gemeinde ist es ständig notwendig, den Flächenwidmungsplan anzupassen. Das passiert immer wieder in den Gemeinderatssitzungen. So hat der Flächenwidmungsplan Nr. 3 seit 1993 schon etwa 70 Änderungen erfahren. Diese wurden jetzt alle in die Neuauflage (Nummer 4) eingearbeitet und zugleich wurden von den Parteien weitere Vorschläge erarbeitet, die diskutiert und dann oft ebenfalls in den neuen Plan aufgenommen wurden.

### Grüner Schwerpunkt

Von grüner Seite haben wir uns beispielsweise sehr intensiv um die Aufnahme von neuen Geh- und Radverbindungen bemüht. In diesem Bereich gibt es nämlich unserer Meinung viele grobe Schnitzer, die sich aber dann, wenn ein Gebiet verbaut ist, kaum mehr ausbessern lassen. Fuß- und Radwege sind wegen ihrer geringen Breite leicht in einer Planung zu berücksichtigen und verleihen einem Wohngebiet hohe Wohnqualität. Die „Gassin“ am Kreuzberg sind ein gutes Beispiel, was „fußläufige Erreichbarkeit“ in der Praxis bedeutet.

### Wohngebiet – was ist das?

In der Gemeinderatssitzung vom Juli

wurde der Flächenwidmungsplan Nr. 4 beschlossen. Dabei war auch ein Punkt, der relativ viele RiederInnen betrifft: Die Änderung von „Reinem Wohngebiet“ in „Wohngebiet“. Der Unterschied besteht darin, dass in einem Reinen Wohngebiet ein Gewerbe nur so weit ausgeübt werden darf, als es den sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Interessen dieses Wohngebietes entspricht. Dort wäre also z. B. ein Nahversorger erlaubt, dessen Größe auf die hauptsächliche Versorgung dieses Gebietes abgestimmt ist. Es muss aber die überwiegende Wohnnutzung eines Gebäudes gegeben sein. Letzteres trifft auch auf das „Wohngebiet“ zu, jedoch entfällt hier, dass die Nutzung überwiegend auf das umgebende Wohngebiet beschränkt ist. Es darf dort also z. B. in einem Wohnhaus eine kleine Kanzlei, eine Praxis, ein Atelier oder Ähnliches betrieben werden. Wenn der Flächenwidmungsplan so in Kraft tritt, wird es somit in ganz Ried kein Reines Wohngebiet mehr geben. Das wurde auch von allen Parteien unterstützt. Damit stellt die Gemeinde einen Zustand her, der Existenzgründungen erleichtert und trotzdem die Wohnqualität der Anwohner sichert.

### BürgerInnenservice angesagt

Wir glauben, dass es nicht vorkommen darf, den BürgerInnen eine Information zukommen zu lassen, die mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet. Mit einem erklärenden Begleitschreiben hätte diese Verunsicherung vermieden werden können. Umfassende Information sehen wir als wichtigen Teil von funktionierendem BürgerInnenservice – auch wenn sie Aufwand bedeutet.

## Editorial

von David Demiryürek

### Bündnis zwischen GRÜNEN, SPÖ und FPÖ

**S**eit etwa zehn Monaten arbeiten in Ried GRÜNE, SPÖ und FPÖ in Form eines „losen Bündnisses“ zusammen.

Gegen so manche Befürchtungen bzw. Wünsche, dass diese (zugegebenermaßen äußerst ungewöhnliche) politische Konstruktion nicht lange halten würde, muss gesagt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den drei Parteien sehr gut funktioniert. Gerade in sachpolitischen Themen ist diese Zusammenarbeit sehr wichtig. Wir sind überzeugt davon, dass der Großteil der Bürgerinnen und Bürger will, dass die

Parteien zum Wohle unserer Stadt über die parteipolitischen Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Man kann in diesem Fall wohl von tatsächlich gelebter Demokratie sprechen.

Auch die Gesprächsbasis zur ÖVP ist nach anfänglichen Irritationen wieder eine durchaus gute. Der einzige Wehmutstropfen ist aber immer noch das Verhalten von Bürgermeister Albert Ortig. Es wurde in den vergangenen Monaten mehrmals versucht mit Ortig wieder eine Basis der vernünftigen Zusammenarbeit zu finden. Das etwas zu stark ausgeprägte Ego des Bürgermeis-

ters lässt dies aber einfach nicht zu. Wir wurden auch in den vergangenen Monaten immer wieder vor den Kopf gestoßen. Es scheint so, als möchte Albert Ortig seinen politischen Stil nicht ändern. Jede Maßnahme die in Ried gesetzt wurde ist seine, jedes Projekt das verwirklicht wurde oder noch werden soll ist seines. Das möchte er, das glaubt er und so informiert er die Öffentlichkeit.

Dass er dabei des öfteren Ideen und Projekte anderer MandatarInnen als die seinen verkauft ist ihm egal. Bürgermeister Ortig selbst ist es, der durch seine nicht mehr nachvollziehbaren Vorgehensweisen und den ständigen Alleingängen die Wichtigkeit des Dreiparteien-Bündnisses unterstreicht. Er schwebt immer noch über allen Gremien und denkt nicht daran, diese in geeigneter Form einzubinden oder zu informieren.



## Stadtrat David Demiryürek: Darstellung Stimmrechtsübergabe im Stadtrat Kuriosum oder notwendiges Übel für Vertreter von kleinen Parteien?

In der Stadtratssitzung vom 24.06.2004 vollzog sich laut Presseberichten ein „kurioser Akt“. Damit war die von mir durchgeführte Stimmrechtsübergabe an Stadtrat Elmar Podgorschek gemeint.

Kurios mag dies für Außenstehende vielleicht deshalb erscheinen, weil diese Vorgehensweise zwischen GRÜNEN und FPÖ vollzogen wurde. Betrachtet man diese Vorgehensweise aber rein rechtlich ist sie ganz und gar nicht kurios, denn die „ÖÖ Gemeindeordnung 2003, GemO § 57“ sieht so etwas explizit vor.

### Der Paragraf ist eine Erleichterung

Der Gesetzgeber hat sich dabei ganz sicher etwas gedacht, als er diesen Paragrafen in die Gemeindeordnung eingearbeitet hat. Denn genau für kleine Parteien, die mit nur einem Mandat im Stadtrat vertreten sind, ist dieser Paragraf eine wesentliche Erleichterung. Schließlich kann es vorkommen, dass man eine Stadtratssitzung - die bis zu acht Stunden dauern kann - kurz verlassen muss:

- sei es für eine kurze Besprechung mit Sachbearbeitern des Rathauses um

noch aktuelle Informationen für die Sitzung einzuholen

- um mit FraktionskollegInnen oder der Landespartei zu telefonieren und sich noch einmal abzustimmen

- um ein informelles Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates zu führen etc.

Von allen oben angeführten Punkten wird eine Fraktion, die nur durch ein Mandat im Stadtratsgremium vertreten ist überproportional hart getroffen, denn man könnte sein Stimmrecht nicht immer wahrnehmen, wenn man es nicht übergeben könnte. Deshalb ist es legitim, auf das Mittel der Stimmrechtsübergabe zurückzugreifen. Der Grund für meine Stimmrechtsübergabe war ein nicht zu verschiebender und äußerst wichtiger Termin in Linz. Bevor ich die Sitzung verlassen habe, wurden unter Einverständnis des gesamten Gremiums all jene Tagesordnungspunkte vorgezogen, bei denen ich inhaltlich auf jeden Fall GRÜNE Positionen einbringen und vertreten musste. Insofern kam es auch zu keiner Vernachlässigung meiner Aufgaben.

### Stimmrecht wurde nicht willkürlich übertragen

Ich habe die Sitzung erst verlassen als es um jene Punkte ging, bei denen ich im Auftrag meiner Fraktion sowieso zugestimmt hätte. Dabei ging es im Wesentlichen nur noch um Subventionen mit geringen Beträgen an diverse Rieder Vereine und Institutionen. Um mein Stimmrecht aber auch bei diesen Punkten der ÖÖ Gemeindeordnung entsprechend wahrnehmen zu können, habe ich das Stimmrecht übertragen. Aber auch das erfolgte nicht willkürlich, sondern erst nachdem Stadtrat Podgorschek und ich unsere Positionen zu den noch offenen Punkten der Tagesordnung abgeglichen haben. Da sich diese überdeckten, sah ich kein Problem mehr das Stimmrecht zu übertragen.

Im übrigen war das nicht die erste fraktionsübergreifende Stimmrechtsübergabe in einer Sitzung des Rieder Stadtrates. Es war aber das erste Mal, dass dieses Recht auch von einem GRÜNEN Vertreter in Anspruch genommen wurde. Warum die Stimmrechtsübergabe eines GRÜNEN interessanter ist als andere sei dahingestellt!

SCHUSTERBAUERS  
DRUCKSERVICE



IHR PARTNER FÜR  
DRUCK UND WERBUNG,  
**DAMIT'S KLAPPT!**

A-4910 RIED/INNKREIS  
GRIESGASSE 6A

TEL. 07752-85421  
FAX 07752-87869  
office@sds-ried.at  
www.sds-ried.at

### Impressum:

Die GRÜNEN Ried  
Adalbert-Stifter Straße 16,  
4910 Ried im Innkreis  
Tel./Fax.: 07752/87483  
e-mail: ried@gruene.at  
www.ried.gruene.at  
Redaktionsteam:  
David Demiryürek, Hannes Eichsteinger  
Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice,  
Griesgasse 6a,  
4910 Ried im Innkreis

